

Christian Salm

„Come Together“: Transnationale Geschichtsschreibung und politikwissenschaftliche Netzwerkforschung am Beispiel politischer Parteien und europäischer Integration

Interdisziplinäre Ansätze zur Erforschung der Europäischen Union (EU) und ihrer Geschichte sind selten. Die zeithistorische EU-Forschung hat die politikwissenschaftliche EU-Forschung bislang wenig beachtet. Insbesondere die traditionelle Diplomatiegeschichte, welche die EU-Historiografie dominiert, hat sich lange – und teilweise bis heute – gegenüber politikwissenschaftlichen Ansätzen, Konzeptionen und Theorien zum europäischen Integrationsprozess verschlossen und sich basierend auf einer staatszentrierten Herangehensweise auf die Rekonstruktion nationaler Europapolitik beschränkt. Dies hat dazu geführt, dass vorwiegend die Rolle von Nationalstaaten und ihrer Regierungen untersucht wurde. Hingegen ist der Einfluss von nicht-staatlichen Akteuren, die häufig in Form von transnationalen Beziehungen und Netzwerken organisiert sind, kaum beachtet worden. Allerdings hat auch in umgekehrter Weise die politikwissenschaftliche EU-Forschung der zeithistorischen EU-Forschung nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Historische Evidenz wurde meist nur dann berücksichtigt, wenn sie beispielsweise wie bei Andrew Moravcsiks Theorie des liberalen Intergouvernementalismus gerade zur Beweisführung für ein Modell der europäischen Integration diente.¹ Im Fokus der Politikwissenschaft stand vorwiegend aus einer institutionenzentrierten Perspektive die Analyse von intergouvernementalen Konferenzen als entscheidende Momente für Veränderungen des Systems der EU und ihrer Politiken.² Die nur langsam aber stetig wachsende Anzahl von politikwissenschaftlichen Studien zum Einfluss von nicht-staatlichen Akteuren auf den europäischen Integrationsprozess wurde nur spärlich wahrgenommen.

Sodann ist die Systematik der wenigen unternommenen Versuche, um den Graben zwischen politik- und geschichtswissenschaftlicher EU-Forschung zu überwinden, noch nicht hinlänglich entwickelt. Der bisherige Austausch beschränkte sich meist auf die Widerlegung der Forschungsergebnisse der jeweils anderen Fachrichtung. Eines der prominentesten Beispiele hierfür ist die Kritik am Neofunktionalismus des Historikers Alan S. Milward aufgrund seiner Annahme, dass europäische Integrationsfortschritte aus innenpolitischen und sozioökonomischen Strategien der beteiligten nationalen Regierungen resultierten.³ Doch

1 Andrew Moravcsik: *The Choice for Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht*, London 1999.

2 Für einen Überblick zur Entwicklung der politikwissenschaftlichen EU-Forschung siehe Ben Rosamond: *The Political Sciences of European Integration: Disciplinary History and EU Studies*, in: ders./ Knud Erik Jørgensen/Mark A. Pollack (Hg.): *Handbook of European Union Politics*, London 2006, S. 7–30.

3 Alan S. Milward: *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992, S. 10 ff.

mittlerweile ist die Debatte über den epistemischen Zugewinn für die EU-Forschung durch interdisziplinäre Ansätze von Politik- und Geschichtswissenschaften im vollen Gange. Sowohl Integrationshistoriker als auch EU-Politikwissenschaftler haben schon auf die Vor- und Nachteile eines solchen intensiveren Austauschs beider Fachrichtungen hingewiesen. Dass hierbei die herausgestellten Vorteile von interdisziplinären Ansätzen deutlich vorherrschen, liegt daran, dass sich vorwiegend die Befürworter eines offenen gemeinsamen Dialogs über die Ansätze und Ergebnisse der zeithistorischen und politikwissenschaftlichen EU-Forschung zu Wort melden. Bereits im Jahr 2004 hat beispielsweise der Historiker Wolfram Kaiser auf die Möglichkeit von konzeptionell und methodisch differenzierteren Ansätzen zur Erforschung der EU-Geschichte hingewiesen, wenn zeithistorische und politikwissenschaftliche EU-Forschung kooperierten.⁴ Stellvertretend für die Politikwissenschaft hat Alex Warleigh-Lack angemerkt, dass theoretische Annahmen politikwissenschaftlicher EU-Studien durch die Verbindung mit der EU-Historiografie besser belegt werden könnten und nicht nur launenhafte Ausdrücke der Gegenwart bleiben würden.⁵ Beide, Kaiser und Warleigh-Lack, haben außerdem betont, dass vor allem in der Kombination von transnationaler Geschichtsschreibung und politikwissenschaftlicher Netzwerkforschung angewandt auf die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren im europäischen Integrationsprozess viel Potenzial bestünde, den Brückenschlag zwischen beiden Disziplinen zu schaffen.

Betrachtet man Geschichts- und Politikwissenschaft getrennt voneinander, haben sich transnationale Prozesse und Strukturen sowie deren häufig netzwerkartige Ausformungen in beiden Fachrichtungen zu einem Schwerpunktthema entwickelt. Wie Jürgen Mittag und Berthold Unfried festgestellt haben, setzen sich Politikwissenschaftler schon länger mit Fragen zur Transnationalisierung auseinander, während Historiker nationaler und europäischer Zeitgeschichte erst vor kurzem begonnen haben, sich mit transnationalen Phänomenen tiefgehend zu beschäftigen.⁶ Es gibt nur sehr wenige historische Studien, die aus einer transnationalen Perspektive die Geschichte der EU untersuchen, obwohl transnationale Prozesse und Strukturen aufs engste mit der europäischen Integration verbunden sind.⁷

- 4 Wolfram Kaiser: Vom Staat zur Gesellschaft? Zur Historiographie der europäischen Integration, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 55 (2004), S. 221–237. Auf dieselbe Programmatik jüngst hinweisend siehe auch ders.: *History meets Politics: Overcoming Interdisciplinary Volapük in Research on the EU*, in: *Journal of European Public Policy* 15 (2008), S. 300–313; ders.: *Politiknetzwerke in der europäischen Integration: Zeitgeschichte und Politikwissenschaft im Dialog*, in: *Integration* 32 (2009), S. 123–135; ders.: *From Isolation to Centrality: Contemporary History Meets European Studies*, in: ders./Antonio Varsori (Hg.): *European Union History. Themes and Debates*, Basingstoke 2010, S. 45–65.
- 5 Alex Warleigh-Lack: *Interdisciplinarity in Research on the EU. Politics, history and prospects for collaboration*, in: Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Morten Rasmussen (Hg.): *The History of the European Union. Origins of a trans- and supranational polity 1950–72*, New York u. a. 2009, S. 206–220.
- 6 Jürgen Mittag/Berthold Unfried: *Transnationale Netzwerke – Annäherung an ein Medium des Transfers und der Machtausübung*, in: dies./Marcel van der Linden (Hg.): *Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen*, Wien 2008, S. 9–25, hier S. 9.
- 7 Vgl. Kiran Patel: *Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 595–642, hier S. 617.

Auch betreffend der Untersuchung von Politiknetzwerken sowie der Entwicklung und Anwendung von Netzwerkansätzen hatten Politikwissenschaftler gegenüber Historikern für lange Zeit einen Erkenntnisvorsprung. In der politikwissenschaftlichen Literatur können Überlegungen zu Netzwerken bis in die 1970er Jahre zurückverfolgt werden.⁸ Eine Verdichtung dieser Literatur zur Netzwerkforschung erfolgte in den 1980er Jahren.⁹ Zwar haben sich auch Historiker bereits in den 1980er Jahren vereinzelt mit Netzwerken beschäftigt, doch erst zum Ende des 20. Jahrhunderts hin fand eine explizitere geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Netzwerkansätzen statt.¹⁰ Diese ist jüngst in den Versuch gemündet, eine sogenannte Historische Netzwerkforschung fest in der Geschichtswissenschaft etablieren zu wollen; hierbei werden allerdings vielfach qualitative Forschungsansätze verfolgt.¹¹

Da Politiknetzwerke eine zentrale Rolle bei Transnationalisierungsprozessen als Vermittler von Informationen, materiellen und finanziellen Ressourcen, Wissen, Normen und kulturellen Praktiken einnehmen, ist die Zusammenführung beider Stränge derweil zu einem Ziel der auf transnationale Prozesse und Strukturen fokussierten zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Forschung geworden – allerdings wiederum in beiden Disziplinen weitgehend separiert voneinander. Bislang zeichnet sich nur ein leichter Trend ab, transnationale Interaktionen von nicht-staatlichen Akteuren im europäischen Integrationsprozess angelehnt an politikwissenschaftliche Netzwerkkonzeptionen aus zeithistorischer Perspektive zu analysieren. Um das von Kaiser und Warleigh-Lack angedeutete Potenzial solcher interdisziplinärer Ansätze zu erschöpfen, bedarf es gleichwohl noch einiger Forschungsschritte.

Dass diese bislang ausgeblieben sind, begründet sich durch die Uneinigkeit über den tatsächlichen Nutzen von Netzwerkansätzen. Die Meinungen über Netzwerkforschungen gehen sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der Politikwissenschaft weit auseinander. Sie bewegen sich zwischen Aussagen wie der, dass Netzwerkansätze kaum sinnvolle Forschung bewirken und dass Netzwerkansätze äußerst ergiebige Forschung ermöglichen. Die Frage lautet deshalb: Worin genau liegt für die Geschichtswissenschaft der Zugewinn durch politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte bei der Erforschung der EU aus einer transnationalen Perspektive und einem Fokus auf die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren? Dieser Aufsatz wird dieser Frage am Beispiel der transnationalen Kooperation politischer Parteien in Europa kritisch nachgehen. Unter der Annahme, dass politische Parteien öffentliche Interessen formulieren, werden sie ähnlich wie Regierungen als öffentliche bzw. staatliche Akteure eingestuft. Obwohl Akteure politischer Parteien häufig auch Regierungspositionen übernehmen, sind politische Parteien dennoch auch nicht-staatliche Akteure. Führende Politiker können eine Rolle als staatliche Akteure in einer Regierung übernehmen und

8 Vgl. John Peterson: *Policy Networks*, in: Antje Wiener/Thomas Diez (Hg.): *European Integration Theory*, Oxford 2004, S. 118–135, hier S. 123.

9 Vgl. Patrick Kenis/Volker Schneider: *Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox*, in: Bernd Marin/Renate Mayntz (Hg.): *Policy networks: empirical evidence and theoretical considerations*, Frankfurt am Main 1991, S. 25–59, hier S. 27.

10 Vgl. Mittag/Unfried: *Transnationale Netzwerke*, S. 16.

11 Siehe die Webseite *Historical Network Research*, <sites.google.com/site/historicalnetworkresearch/> (20.7.2011).

gleichzeitig als nicht-staatliche Akteure ihrer Parteien agieren, wo sie wiederum in transnationale Politiknetzwerke involviert sind.¹²

Der Aufsatz stellt zunächst die wichtigsten Facetten der politikwissenschaftlichen Netzwerkforschung zusammenfassend vor. Darauf folgend werden jene historischen Studien, die bereits politikwissenschaftlichen Netzwerkkonzeptionen zur Untersuchung von nicht-staatlichen Akteuren im europäischen Integrationsprozess eingesetzt haben, diskutiert. Schließlich werden diese interdisziplinären Ansätze hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen für die Analyse der Entstehung und der Rolle transnationaler Politiknetzwerke politischer Parteien im europäischen Integrationsprozess ausgelotet und zukünftige Forschungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Wie sind Politiknetzwerke beschaffen? Netzwerkansätze der Politikwissenschaft

Auf die Frage, wie Politiknetzwerke beschaffen sind, gibt es viele Antworten. Politiknetzwerke weisen unterschiedliche Mitgliederanzahlen und Typen von Akteuren auf. Politiknetzwerke handhaben verschiedenste Zugangsregelungen. Politiknetzwerke bilden voneinander abweichende Strukturen und erreichen ungleiche Institutionalisierungsgrade. Politiknetzwerke haben divergierende informelle Ausprägungen. Politiknetzwerke bestehen über variable Zeiträume. Politiknetzwerke entwickeln je nach Zielrichtung eine Vielzahl unterschiedlicher Strategien und Funktionen.

Aufgrund dieser Vielfältigkeit gibt es keine standardisierte Definition für den Netzwerk-begriff. Damit teilt er das Schicksal vieler zentraler Begriffe.¹³ Einigkeit besteht nur darin, dass Politiknetzwerke aus einem Set relativ stabiler Beziehungen bestehen, eher nicht hierarchisch angelegt sind und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Große Uneinigkeit herrscht indes über den Nutzen des Begriffs, und die dafür genannten Anwendungsbereiche reichen von Metapher über Analyse-Instrument und Methode bis hin zu theoretischem Ansatz. Die politikwissenschaftliche Debatte über den Netzwerk-begriff und Netzwerkkonzepte ist damit durch die Heterogenität der konzeptionellen und theoretischen Zugänge bzw. Anwendungen gekennzeichnet.¹⁴

Mit Bezug zum EU-Regierungssystem hat die Politikwissenschaftlerin Tanja Börzel die verschiedenen Definitionen und Anwendungsbereiche von Politiknetzwerken zusammengetragen und ausgewertet.¹⁵ Erstens hat Börzel danach unterschieden, ob Studien Politiknetz-

12 Vgl. Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Michael Gehler: *Transnational Networks in European Integration Governance: Historical Perspectives on an Elusive Phenomenon*, in: dies. (Hg.): *Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83*, Basingstoke 2010, S. 1–17, hier S. 11.

13 Vgl. Delia Schindler: *Die Rolle von Ideen und Deutungsmustern in der Politik: Wissenspolitologische Perspektiven auf Netzwerke*, in: Betina Hollstein/Florian Straus (Hg.): *Qualitative Netzwerkanalyse: Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden 2006, S. 99–123, hier S. 99.

14 Ebd., S. 99.

15 Tanja Börzel: *What's so special about Policy Networks? – An Exploration of the Concept and its Usefulness in Studying European Governance*, *European Integration online Papers (EIoP)* 1997, <eiop.or.at/eiop/texte/1997–016a.htm> (20.7.2011). Siehe zur gleichen Thematik ebenfalls den jüngeren Artikel von Tanja Börzel: *Informelle Politik in Europa. Regieren in oder durch Netzwerke*, in: Michael

werke methodisch als ein quantitatives oder qualitatives Analyseinstrument nutzen. Während die quantitative Netzwerkanalyse soziale Strukturen bestimmt und die Kohäsion, strukturelle Äquivalenz und räumliche Repräsentanz der Beziehungen zwischen Akteuren untersucht, ist die qualitative Netzwerkanalyse prozessorientiert ausgerichtet und ermittelt Inhalte der Interaktion von Akteuren. Allerdings ergänzen sich beide Methoden eher, als dass sie sich gegenseitig ausschließen.¹⁶

Zweitens hat Börzel die Unterscheidung zwischen Politiknetzwerken als einem bestimmten Typ der Interessensvermittlung und einer Governance-Form in modernen politischen Systemen herausgestellt. Das Verständnis von Politiknetzwerken als einem Typ der Interessensvermittlung zielt auf alle Austauschbeziehungen und -formen zwischen staatlichen, unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Demzufolge sind Politiknetzwerke eine neue Typologie, um die Dichotomie von Pluralismus und Korporatismus zu überwinden. Die entsprechende Grundannahme lautet: Politiknetzwerke können die Ergebnisse in einem Politikfeld nachhaltig beeinflussen. Politiknetzwerke sind Beziehungen zwischen dem Staat und Organisationen der Zivilgesellschaft, in denen Ressourcen für die Formulierung, Entscheidung und Umsetzung eines bestimmten Politikergebnisses ausgetauscht werden. Dabei sind die in einem Politikfeld aktiven Akteure wegen der Ressourcen voneinander abhängig und gegenseitige Abhängigkeit forciert die Bildung eines Netzwerks. Zugleich können Politiknetzwerke als analytisches Instrument oder Konzept dienen, um die Interaktion zwischen vielen verschiedenen Akteuren zur Koordinierung ihres Handelns über die Interdependenz ihrer Ressourcen und Interessen zu untersuchen. Hierzu werden der Kontext und die Bestimmungsfaktoren von politischen Entscheidungsprozessen zwischen den staatlichen sowie unternehmerischen oder zivilgesellschaftlichen (nicht-staatlichen) Akteuren ermittelt und deren Auswirkungen auf das Verhalten der Akteure erklärt.¹⁷

Ausgangspunkt für das Verständnis von Politiknetzwerken als einer Form von Governance ist die Annahme, „dass moderne Gesellschaften durch soziale Differenzierung, Sektoralisierung und zunehmende Regulierung charakterisiert sind.“¹⁸ Politiknetzwerke zeichnen sich hierbei durch eine spezifische Prägung von Austauschbeziehungen aus, die auf nicht-hierarchischer Koordination von politischen Ressourcen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren mit vorwiegend informellem Charakter basieren, um das gemeinsame Interesse an der Lösung eines kollektiven Problems zu verwirklichen. Die formale Autorität von staatlichen Institutionen wird dabei zunehmend durch die informelle Autorität von Politiknetzwerken ergänzt oder gar ersetzt und zeigt die sich verändernden Grenzen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft an.¹⁹ Damit werden Politiknetzwerke, entgegen den bislang domi-

Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*. Von 1945 bis zur Gegenwart, Wien u. a. 2009, S. 27–38.

16 Tanja Börzel: *Organizing Babylon – On the Different Conceptions of Policy Networks*, in: *Public Administration* 76 (1998), S. 253–273, hier S. 255.

17 Börzel: *Informelle Politik in Europa*, S. 28–29.

18 Ebd., S. 29.

19 Vgl. Karen Heard-Lauréote: *Transnational Networks. Informal governance in the European political space*, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hg.): *Transnational European Union: towards a common poli-*

nanten Governance-Formen von Hierarchie und Markt (Wettbewerbsysteme), zu einer neuen Form von Governance erklärt. Anders als bei diesen beiden Governance-Formen können beispielsweise Regierungen mit Hilfe der Politiknetzwerke (Verhandlungssysteme) über eine Vielzahl verschiedenster Akteure verteilte politische Ressourcen mobilisieren. Aufgrund der zunehmenden Differenzierung und Fragmentierung von Politiken durch verschiedene Bereiche und Institutionen mit unterschiedlichsten Funktionen werden Politiknetzwerke gar zu einem essentiellen Element, um effektives Regieren zu realisieren. In der Forschungsliteratur wird mitunter daher der Terminus „network governance“ verwandt.²⁰ Da das Verständnis von Politiknetzwerken als einer Form von Governance den Anspruch auf theoretische Aussagekraft enthält, ist es schließlich ambitionierter anlegt als das Verständnis von Politiknetzwerken als einem Typ von Interessensvermittlung. Im Zentrum der Untersuchung steht weniger das Verhalten der beteiligten Akteure, sondern die Prozesse und Strukturen, die zwischen staatlichen, unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Herbeiführung von politischer Entscheidung bzw. zur Realisierung effektiver Governance organisiert werden.²¹

Übertragen auf die EU haben Politikwissenschaftler die Frage aufgeworfen, ob Regieren in der EU statt durch die formale Autorität der hierarchischen Koordination der im Europäischen Rat vereinten Mitgliedsländer vielmehr durch informelle Verhandlungen in und durch Politiknetzwerke erfolge.²² Zum einen ermöglichen Politiknetzwerke das Regieren in der EU („European governance“) durch die Verknüpfung der verschiedensten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure auf den mehreren vertikal angeordneten Ebenen des EU-Systems (Mehrebenensystem) wie der supranationalen, nationalen und regionalen Ebene. Zum anderen verbinden Politiknetzwerke die horizontal strukturierten Institutionen des supranationalen politischen Entscheidungsfindungsprozesses der EU wie etwa den Europäischen Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament (EP).²³ Der zeitliche Übergang von hierarchischen Formen des Regierens zum Regieren durch Verhandlungen in und durch Politiknetzwerke(n) wird von verschiedenen Politikwissenschaftlern in Folge der Wirtschaftskrise für die heutige Gemeinschaft ab etwa den 1980er Jahren datiert.²⁴

tical space, London u. a. 2005, S. 36–60, hier S. 39.

- 20 Vgl. z. B. Rainer Eising/Beate Kohler-Koch: Introduction. Networks on the European Union, in: dies. (Hg.): *The Transformation of Governance in the European Union*, London 1999, S. 3–13; Eva Sørensen/Jacob Torfing: Introduction: Governance Network Research: Towards a Second Generation, in: dies. (Hg.): *Theories of Democratic Network Governance*, Basingstoke 2007, S. 1–21.
- 21 Börzel: *Informelle Politik in Europa*, S. 29.
- 22 Vgl. z. B. Börzel: What’s so special about Policy Networks?, S. 12; Heard-Lauréote: *Transnational Networks*, S. 37.
- 23 Vgl. Wolfram Kaiser: *Transnational Networks in European Governance. The informal politics of integration*, in: ders./Leucht/Rasmussen (Hg.): *The History of the European Union*, S. 12–33, hier S. 14.
- 24 Vgl. z. B. Paul Hirst: *Democracy and Governance*, in: Jon Pierre (Hg.): *Debating Governance. Authority, steering, and democracy*, Oxford 2000, S. 13–35; Beate Kohler-Koch/Barbara Finke: *The Institutional Shaping of EU-Society Relations: A Contribution to Democracy via Participation?*, in: *Journal of Civil Society* 3 (2007), S. 205–221.

Das sogenannte Rhodes-Modell von Politiknetzwerken ist eines der am meisten eingesetzten Netzwerkmodelle für die Untersuchung der Funktionsweise von ‚European governance‘.²⁵ Mittlerweile in zahlreichen Darstellungen wiedergegeben, basiert das vom britischen Politikwissenschaftler Rod Rhodes zu Beginn der 1990er Jahre konzipierte und von Rhodes gemeinsam mit David Marsh weiterentwickelte Modell auf nur drei Kriterien, um den Typ eines Politiknetzwerks zu bestimmen.²⁶ Diese drei Kriterien sind: (1) die Stabilität oder Instabilität eines Politiknetzwerks über einen gewissen Zeitraum, (2) die Abgeschlossenheit und Durchlässigkeit eines Politiknetzwerks und (3) die Abhängigkeit und Verteilung der Ressourcen in Form von beispielsweise Geld, Expertise oder Legitimität unter den Mitgliedern. Auf der Basis dieser drei Kriterien ergibt sich eine Skala von Netzwerktypen, die von hoch integrierten ‚policy communities‘ mit einer konstanten und hierarchischen Mitgliedschaft sowie einer hohen Ressourcenabhängigkeit der Akteure bis hin zu wenig integrierten ‚issue networks‘ mit einer wechselnden und nicht hierarchischen Mitgliedschaft sowie Unabhängigkeit der involvierten Akteure reicht. Nach John Peterson liegt eine der Stärken des Netzwerkmodells von Rhodes darin, dass es mit anderen Modellen von Netzwerken kompatibel ist.²⁷ Ähnlich zu den aus dem Rhodes-Modell generierten Typen sind insbesondere die zwei Politiknetzwerktypen ‚epistemic communities‘ und ‚advocacy coalitions‘. ‚Epistemic communities‘ sind maßgeblich von Peter Haas als Netzwerke von Experten mit gleichen Grundsätzen und Vorstellungen, gemeinsamen Werten und gemeinsamen politischen Vorhaben definiert worden.²⁸ Paul Sabatier hat ‚advocacy coalitions‘ als Politiknetzwerke beschrieben, die verschiedene Akteure und Organisationen mit einer gemeinsamen Überzeugung und ähnlichen politischen Zielen über längere Zeiträume verbinden, um Politikwechsel herbeizuführen.²⁹ Schließlich werden Politiknetzwerke in der Politikwissenschaft als transnationale Netzwerke bezeichnet, wenn zufolge der Definition von Thomas Risse in transnationalen Beziehungen bzw. Politiknetzwerken zumindest ein nicht-staatlicher Akteur involviert ist und ausdrücklich nicht im Auftrag einer Regierung oder intergouvernementalen Organisation agiert.³⁰

Während das Rhodes-Modell drei Kriterien zur Typologisierung von Politiknetzwerken kennt, hat Franz van Waarden sieben Kriterien für Netzwerke identifiziert: (1) Akteure, (2) Funktion, (3) Struktur, (4) Institutionalisierung, (5) Verhaltensregeln, (6) Machtverhältnisse,

25 Vgl. Peterson: *Policy Networks*, S. 120.

26 Rod Rhodes: *Beyond Westminster and Whitehall: the sub-central governments of Britain*, London u. a. 1988; Rod Rhodes, *Policy networks: a British perspective*, in: *Journal of Theoretical Politics*, 2 (1990), S. 293–317; Rod Rhodes/David Marsh: *New Directions in the Study of Policy Networks*, in: *European Journal of Political Research* 21 (1992), S. 181–205.

27 Vgl. Peterson: *Policy Networks*, S. 121.

28 Peter Haas: *Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination*, in: *International Organization* 46 (1992), S. 1–35.

29 Paul Sabatier: *The Advocacy Coalition Framework: Revision and Relevance for Europe*, in: *Journal of European Public Policy* 9 (1998), S. 98–130.

30 Thomas Risse-Kappen: *Bringing transnational relations back in: Introduction*, in: ders. (Hg.): *Bringing Transnational Relations Back in: Non-state actors, domestic structures and international institutions*, Cambridge 1995, S. 3–33, hier S. 3.

(7) Strategien der Akteure.³¹ Von diesen sieben Kriterien hat van Waarden jedoch wiederum die drei wichtigsten Kriterien zur Unterscheidung von Politiknetzwerken hervorgehoben.³² ‚Akteure‘ ist das erste dieser drei Hauptkriterien, das mit ‚Anzahl der Akteure‘ und ‚Typ der Akteure‘ in zwei Subdimensionen untergliedert ist.³³ Da Netzwerke für gewöhnlich stark durch die Verteilung von Macht charakterisiert sind, zielt das zweite Hauptkriterium auf die Ausgewogenheit der Macht in einem Politiknetzwerk.³⁴ Das dritte Hauptkriterium sind Funktionen von Politiknetzwerken, wobei van Waarden als die wichtigsten Netzwerkfunktionen die Folgenden nennt: die Kanalisierung von Zugängen zu Entscheidungsfindungsprozessen, die Konsultation und der Austausch von Informationen, die Verhandlungen zum Austausch oder zur Mobilisierung von Ressourcen, die Koordination oder gegebenenfalls individuelle Aktionen und die Kooperation bei der Gestaltung, Implementierung und Legitimierung von Politiken.³⁵ Speziell für auf der europäischen Ebene aktive transnationale Politiknetzwerke hat zudem Karen Heard-Lauréote vier zentrale Funktionen genannt. Erstens können transnationale Politiknetzwerke den politischen Entscheidungsfindungsprozess der EU beeinflussen. Durch den Transfer von Ideen und Wissen können zweitens transnationale Politiknetzwerke die Formierung einer europäischen Gesellschaft unterstützen. Transnationale Politiknetzwerke können drittens die Funktion Sozialisierung erfüllen, d. h. sie können europäische Politik durch die Integration neuer Mitglieder in einen bestehenden Konsens stabilisieren. Transnationale Politiknetzwerke können viertens und letztens die Defizite der demokratischen Verantwortlichkeit des Regierens in der EU mindern.³⁶

Ausgehend von den Theoremen dieser verschiedenen Netzwerkkonzeptionen, vertreten Politikwissenschaftler schließlich die Auffassung, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse nicht adäquat nachvollzogen werden können, wenn dabei ausschließlich formale institutionelle Gestaltungsmöglichkeiten im Fokus stehen.³⁷ In der Tat sind politische Prozesse durch vielfältige und komplexe Konstellationen verschiedenster beteiligter Akteure und Entscheidungen charakterisiert und haben ein hohes Maß an Informalität. Dies gilt insbesondere für das komplexe und chaotische Mehrebenenregierungssystem der EU. Dennoch stellt die durch transnationale Politiknetzwerke geprägte informelle Dimension der europäischen Integration bislang ein großes Forschungsdesiderat dar. Und nur sehr wenige zeithistorische Studien haben bislang methodisch auf politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte in Form einer qualitativen Analyse für die quellenreiche Rekonstruktion des Einflusses von transnationalen Politiknetzwerken auf Politikergebnisse im Integrationskontext zurückgegriffen.

31 Franz van Waarden: Dimensions and types of policy networks, in: *European Journal of Political Research* 21 (1991), S. 29–52, hier S. 32 ff.

32 Vgl. auch Börzel: *Organising Babylon*, S. 256.

33 Vgl. Waarden: Dimensions and types of policy networks, S. 33.

34 Ebd., S. 36.

35 Ebd., S. 33 f.

36 Heard-Lauréote: *Transnational Networks*, S. 48 ff.

37 Kenis/Schneider: *Policy Networks and Policy Analysis*, S. 27.

Was können transnationale Netzwerke? Netzwerkansätze in der EU-Historiografie

Für das methodische Innovationspotenzial durch den Einsatz politikwissenschaftlicher Theoreme und Theorien für eine konzeptionell anspruchsvolle EU-Historiografie kann generell festgehalten werden: „ (...) social science theories and concepts can be used by historians as heuristic tools, to clarify and discuss the often too implicit epistemological assumptions underlying their more empirically-driven research; enhance the scope and precision of their research agendas and more concretely, their guiding research questions; identify and show causal links in a more analytical and less descriptive research mode; and finally, prioritize in a more refined way factors and causes instead of merely listing different influences that may have played a role in the integration process.“³⁸ Dieser selbstgesetzten Richtschnur folgend haben sich in den letzten Jahren die Integrationshistoriker Wolfram Kaiser, Brigitte Leucht, Michael Gehler und Morten Rasmussen dem Vorhaben gewidmet, historisch-empirische Evidenz für die Rolle verschiedenster Politiknetzwerke im mehreren Ebenen umfassenden Regierungssystem der heutigen EU aus einer transnationalen und langzeitlichen Perspektive zu liefern.³⁹ Das eindeutige Ergebnis von drei dabei entstandenen Sammelbänden lautet: Transnationale Politiknetzwerke bestehend aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren haben den europäischen Integrationsprozess maßgeblich beeinflusst. Es wird gezeigt, wie bereits ab 1945 transnationale – oder ggf. auch transatlantische – Politiknetzwerke von Experten und Beamten, transnationale Politiknetzwerke von Unternehmen und Industriellen, transnationale Politiknetzwerke von Nicht-Regierungs-Organisationen und Politiknetzwerke von europäischen Parteien die EU-Institutionenbildung sowie die Formulierung und Implementierung von EU-Politikfeldern vorbereitet, begleitet und teilweise nicht nur möglich gemacht, sondern gar abschließend gesteuert haben.⁴⁰ Die Annahme von Politikwissenschaftlern, dass der Übergang von hierarchischen Formen des Regierens zu Regieren in und durch Politiknetzwerke in den 1980er Jahren erfolgte, ist dementsprechend widerlegt.

In allen drei Sammelbänden kommen politikwissenschaftliche Netzwerkansätze in dreifacher Weise zum Tragen: erstens, um ein genaues Verständnis des Netzwerkbegriffs zu entwickeln; zweitens, um den europäischen Integrationsprozess als einen durch Politiknetzwerke geprägten informellen Prozess eines sich entfaltenden trans- und supranationalen Gemeinwesens zu konzipieren. Der auf die Rolle von transnationalen Politiknetzwerken zielende Forschungsfokus soll dabei ein ergänzend zur staatszentrierten Herangehensweise der Diplomatiegeschichte erweitertes und differenzierteres Narrativ des europäischen Inte-

38 Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Morten Rasmussen: Origins of a European polity. A new research agenda for a European Union history, in: dies. (Hg.): *The History of the European Union*, S. 1–11, hier S. 5.

39 Kaiser/Leucht/Gehler (Hg.): *Transnational Networks in Regional Integration*; Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*; Kaiser/Leucht/Rasmussen (Hg.): *The History of the European Union*.

40 Vgl. Patel: *Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung*, S. 609.

grationsprozesses entwickeln.⁴¹ Somit werden die Ergebnisse der Diplomatiegeschichte zu den formalen Entwicklungslinien der EU-Geschichte keineswegs schlicht außer Acht gelassen, sondern die wechselseitige Bedingtheit sowie Verknüpfungen der formellen und informellen Politikdimensionen der europäischen Integration herausgearbeitet.⁴² Hierbei werden Faktoren aufgedeckt, die sich nicht nur direkt auf den EU-Politikprozess richteten, aber dennoch die Entstehung politischer Entscheidungen in der EU beeinflusst haben, allerdings aufgrund der dominierenden staatszentrierten Perspektive in der EU-Historiografie bislang weitgehend unentdeckt geblieben waren. Beispielsweise hat Valérie Aubourg gezeigt, dass das transatlantische Politiknetzwerk der in den frühen 1950er Jahren gegründeten Bilderberg-Gruppe europäische Integrationspolitik nicht als zentrales Arbeitsthema behandelte, aber gleichwohl zur Etablierung verschiedener Europakonzepte sowie zur Überbrückung der Kluft zwischen verschiedenen europäischen Organisationen beitrug.⁴³

Drittens werden politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte als analytischer Orientierungsrahmen eingesetzt, um die verschiedenen Formen der Interessensvermittlung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf den mehreren Ebenen des EU-Regierungssystems zu untersuchen. Systematisch werden die Beziehungen und Verbindungen zwischen Akteuren der Europäischen Kommission, staatlichen Akteuren der Regierungen der Mitgliedsstaaten und nicht-staatlichen Akteuren von national oder transnational organisierten Interessensgruppen in bereits existierenden oder erst entstehenden EU-Politikfeldern sowie der Einfluss entsprechender transnationaler Politiknetzwerke auf EU-Politikergebnisse und deren Wandel untersucht.⁴⁴ So hat Ann-Christina L. Knudsen am Beispiel der Schaffung der Gemeinsamen Agrarpolitik in den 1960er Jahren dargestellt, wie transnationale Politiknetzwerke aus Agrarexperten, politischen Parteien, landwirtschaftlichen Interessensgruppen und Beamten in landwirtschaftlichen Ministerien und Verwaltungen der Kommission und der Mitgliedstaaten daran mitgewirkt haben.⁴⁵

Darüber hinaus hat Kaiser drei heuristische Vorteile für Zeithistoriker beim Einsatz von politikwissenschaftlichen Netzwerkanalysen zur Erfassung der EU aus einer historisch-transnationalen Perspektive gekennzeichnet. Erstens sind Netzwerkanalysen keine starre Theorie. Ihre Flexibilität ermöglicht es, widersprüchliche historisch-empirische Evidenzen wie etwa den variierenden Einfluss der Regierungen der Mitgliedstaaten in verschiedenen EU-Politikfeldern besser zu fassen.⁴⁶ Ein zweiter heuristischer Vorteil von Netzwerkanalysen ist die umfassende Erforschung der EU-Regierungsagenda. Statt nur formelle Rahmenbedin-

41 Kaiser/Gehler/Leucht: *Networks in Informal European Governance*, S. 16; Kaiser/Leucht/Rasmussen: *Origins of a European polity*, S. 1f.

42 Vgl. Patel: *Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung*, S. 609.

43 Valérie Aubourg: *Transatlantische Geschäftsbeziehungen. Die Bilderberg-Gruppe*, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*, S. 69–85.

44 Vgl. Börzel: *Informelle Politik in Europa*, S. 35.

45 Ann-Christina L. Knudsen: *Politische Unternehmer in transnationalen Politiknetzwerken. Die Ursprünge der Gemeinsamen Agrarpolitik*, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*, S. 105–120.

46 Kaiser: *Transnational Networks in European Governance*, S. 16.

gungen für politische Entscheidungsfindungsprozesse in den Blick zu nehmen, kann geprüft werden, inwiefern formelle Regeln durch informelle Regeln geformt, umgeformt und/oder gelegentlich gar ersetzt wurden; all dies durch transnationale Zusammenarbeit von Personen in transnationalen Politiknetzwerken.⁴⁷ Drittens bieten Netzwerkansätze deshalb einen heuristischen Vorteil, weil außer Politikgestaltung und Entscheidungsfindung im bestehenden EU-Gemeinwesen auch die Gründung und Entwicklung von europäischen Institutionen erklärt werden kann.⁴⁸

Abweichend vom politikwissenschaftlichen Verständnis ist in den drei Bänden der Begriff Politiknetzwerke allerdings weit offener konzipiert. Die Netzwerkforschungen der Politikwissenschaft zu Politikgestaltungsprozessen in der EU zielen bei der Bewertung des Einflusses von Politiknetzwerken prinzipiell auf ein einzelnes Politikfeld. Zudem trennen sie dabei scharf zwischen verschiedenen Typen von Akteuren wie etwa staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Im Gegensatz dazu haben Kaiser, Leucht und Gehler klargestellt, dass beispielsweise transnationale Politiknetzwerke von politischen Parteien in Europa eine Einflussnahme auf mehrere EU-Politikfelder sowie auf die Ausbildung von europäischen Institutionen verfolgten und verfolgen. Wie bereits anfangs erwähnt, haben sie außerdem darauf verwiesen, dass politische Parteien, wenn sie die Regierung stellen, zwar zu staatlichen Akteuren werden, gleichwohl nicht-staatliche Akteure bleiben, in diesem Fall also beides sind.⁴⁹

Nichtsdestotrotz wurde mit diesem interdisziplinären Ansatz, so auch die Bewertung von Kiran Patel, ein expliziter Dialog mit der politikwissenschaftlichen Forschung aufgenommen und deren Netzwerkansätze mit einer historisch-transnationalen Perspektive auf den Integrationsprozess verknüpft.⁵⁰ Bezug nehmend zur deutschen Debatte um die Historische Sozialwissenschaft in den 1970er Jahren hat indessen Guido Thiemeyer kritisch angemerkt, dass die Forderung nach einer Verknüpfung von politikwissenschaftlichen Methoden und Theorien nicht so neu ist.⁵¹ Mit dem Verweis auf das Ergebnis der Debatte um die Historische Sozialwissenschaft, dass es keinen Sinn machte, Ansätze der Politik- und Geschichtswissenschaft gegeneinander auszuspielen, sondern vielmehr nach ihren wechselseitigen Verknüpfungen zu fragen, hat Thiemeyer zwar eine berechtigte Kritik geäußert. Dennoch gab es bislang keine systematisch angelegten interdisziplinären Ansätze in der EU-Historiografie, obwohl das damalige Ergebnis um die Historische Sozialwissenschaft auch ausdrücklich auf die zeitgeschichtliche Analyse der politischen Entstehung und Ausgestaltung der EU zutrifft. Speziell die politikwissenschaftliche Netzwerkforschung zur Untersuchung der EU-Geschichte bzw. zur Rekonzeptionalisierung der EU-Historiografie fruchtbar gemacht zu haben, ist somit ein besonderes Verdienst der Herausgeber der drei Sammelbände.

Schwerer wiegt die Kritik von Thiemeyer, dass eine konkrete Verknüpfung von politikwissenschaftlichen Methoden und Theorien mit der historisch-empirischen Analyse des

47 Ebd., S. 16f.

48 Ebd., S. 17.

49 Kaiser/Gehler/Leucht: *Networks in Informal European Integration Governance*, S. 16 ff.

50 Patel: *Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung*, S. 609.

51 Guido Thiemeyer: *Neuerscheinungen zur Geschichte der europäischen Integration (Rezension)*, in: *sche-punkte 19* (2010) [15.7.2010], <www.sehepunkte.de/2010/07/14956.html> (20.7.2011).

Integrationsprozesses in den meisten Fallstudien in den drei Sammelbänden unklar bleibt. Tatsächlich wird in den Fallstudien die Verwendung politikwissenschaftlicher Netzwerkansätze eher bloß angedeutet. Diese Vorgehensweise ermöglicht zwar die Entwicklung von einem anschaulichen und plausiblen Narrativ aufbauend auf einer anspruchsvollen Terminologie und einem zweckmäßigen Analyserahmen, der vor allem auf die Struktur und die Funktionen von Politiknetzwerken im Integrationsprozess abzielt. Zugleich wirft sie die Frage auf, inwiefern die Bezugnahme zur politikwissenschaftlichen Netzwerkforschung für die zeithistorische Analyse von in transnationalen Politiknetzwerken organisierten und auf der europäischen Ebene politisch agierenden staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren überhaupt notwendig ist. Hätte ein auf die Rolle von transnationalen Politiknetzwerken ausgerichtetes Narrativ der europäischen Integrationsgeschichte nicht auch ohne politikwissenschaftliche Schützenhilfe gleiche oder zumindest ähnliche Analyseraster finden können? Dieser Umstand zeigt an, wie schwierig eine enge Verknüpfung der Politik- mit der Geschichtswissenschaft für die EU-Forschung trotz der augenscheinlichen Vorteile in Form von neuen Forschungskategorien gleichwohl sein kann.

Aus der Not der schwierigen konkreten Verknüpfung von politikwissenschaftlichen Netzwerkanätzen mit historischen Fallstudien hat Brigitte Leucht eine Tugend gemacht. In ihrer Dissertation zur Rolle von transatlantischen Politiknetzwerken in den Verhandlungen zum Schuman-Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1950/51 hat sie bewusst auf eine kategorische Anwendung von Netzwerkanätzen verzichtet. Stattdessen hat sie die Dimensionen und Kriterien der verschiedenen politikwissenschaftlichen Netzwerkanätze nur gebraucht, um ihre Forschungsfragen über Struktur und Funktionen von Politiknetzwerken bei der Analyse von Archivquellen zu schärfen. So konnte sie Konzeptionen der politikwissenschaftlichen Netzwerkforschung explizit als heuristisches Hilfsmittel einsetzen und ein transatlantisches Politiknetzwerk bestehend aus amerikanischen und europäischen Experten – Juristen und Ökonomen – als „epistemic community“ identifizieren, das Taktiken der verhandelnden Akteure bei der Umsetzung des Schuman-Plans und die Ausformulierung der darin enthaltenen Regelungen des Kartellrechts der künftigen EGKS maßgeblich bestimmt hat.⁵²

Unter ähnlichem Gebrauch politikwissenschaftlicher Netzwerkkonzeptionen hat auch Kaiser in einer Monografie die prägende Rolle von transnationalen Politiknetzwerken christdemokratischer Parteien bei der Integration der Gründerstaaten der EGKS und der späteren EG herausgearbeitet.⁵³ Seine Untersuchung stellt zugleich die bisher einzige Monografie zum Einfluss transnationaler Politiknetzwerke einer europäischen Parteilfamilie auf den Integrationsprozess dar. So wie Leucht zielt auch Kaiser erheblich auf die Rekonstruktion der Struktur und der Funktionen der von den christdemokratischen Parteien in Europa aufgebauten transnationalen Politiknetzwerke ab. Diese Analyse der Politiknetzwerkfunktionen ermöglicht einen Erkenntnisgewinn über Faktoren und Katalysatoren von Europäisierung –

52 Brigitte Leucht: *Transatlantic Policy Networks and the Formation of Core Europe*, Diss., University of Portsmouth 2008.

53 Wolfram Kaiser: *Christian Democracy and the Origins of European Union*, Cambridge 2007.

verstanden als ein Prozess politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Konvergenz im Kontext der europäischen Integration.⁵⁴ Die von Kaiser und Leucht ermittelten Funktionen fügen ferner den von Heard-Lauréote genannten vier Funktionen von auf der europäischen Ebene aktiven transnationalen Politiknetzwerken neue hinzu. In einem gemeinsamen Aufsatz haben sie diese zusammengeführt und jeweils fünf Hauptfunktionen von transnationalen Politiknetzwerken christdemokratischer Parteien sowie transatlantischer Politiknetzwerke von Beamten und Experten zur Beeinflussung der Regierungsverhandlungen über den Schuman-Plan identifiziert. Für die transnationalen Politiknetzwerke der christdemokratischen Parteien sind diese: (1) Schaffung von sozialem Vertrauen und politischem Kapital zur Einsetzung bei den Regierungsverhandlungen zum Schuman-Plan und beim öffentlichen Werben für die Konzepte einer Kerneuropa-Integration; (2) Monopolisierung von Außenkontakten und Marginalisierung von konkurrierenden innerparteilichen Konzepten durch informelle und straffe Organisation der transnationalen Politiknetzwerke; (3) Entwicklung gemeinsamer Präferenzen für die europäische Integration auf der Basis von deckungsgleichen gesellschaftlichen Deutungsmustern und Absicherung der neuen supranationalen Institutionen durch gemeinsame Personalpolitik und koordinierte Strategien; (4) Erfassung der politischen Motive der verhandelnden Politiker aus den anderen EGKS-Staaten; (5) bessere Kontrolle der nationalen Ministerialbürokratien, die nicht immer das Ziel einer Integration Kerneuropas teilten. Die aufgedeckten Hauptfunktionen von transatlantischen Politiknetzwerken von Beamten und Experten sind indessen: (1) Beschränkung der verfügbaren politischen Handlungsoptionen der Delegationen und Arbeitsgruppen bei den Verhandlungen; (2) direkter Beitrag zum Vertragsentwurf durch die Gestaltung und Formulierung von Vertragsparagrafen; (3) Vermittlung zwischen den zu verschiedenen sozioökonomischen, politischen und kulturellen Kontexten gehörenden Akteuren bei den Verhandlungen; (4) Erschließung weiterer Experten, die zur Diskussion um den Schuman-Plan beitrugen; (5) Bildung transatlantischer Allianzen zur Verhinderung der Störversuche von nationalen Administrationen und Interessensgruppen.⁵⁵ Die hiermit durch die zeithistorische EU-Forschung ergänzte Liste der politikwissenschaftlichen EU-Forschung zu Funktionen, die transnationale Politiknetzwerke im Integrationskontext entwickelt und ausgebaut haben, ist allerdings noch lange nicht erschöpfend erforscht. So legt die zeithistorische Forschung nahe, dass transnationale Politiknetzwerke entsprechend den verschiedenen Integrationszielen multiple Funktionen entwickelt haben.

Letztlich hat Kaiser basierend auf dieser bereits existierenden zeithistorischen Forschung eine provisorische Generalisierung zum Einfluss transnationaler Politiknetzwerke auf die Politikprozesse der europäischen Integration vorgenommen, die zukünftige Studien – auch jene zu transnationalen Politiknetzwerken politischer Parteien und europäischer Integration – berücksichtigen sollten. Knapp zusammengefasst lauten seine Ergebnisse: (1) nur aus

54 Kaiser: *Transnational networks in European governance*, S. 17.

55 Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht: *Informal Politics of Integration: Christian Democratic and Transatlantic Networks in the Creation of ECSC Core Europe*, in: *Journal of European Integration History* 14 (2008), S. 35–49.

einer langfristigen Perspektive wird deutlich, in welchem Maße transnationale Politiknetzwerke eine Rolle in der europäischen Integration gespielt haben; (2) Aus- bzw. Rückwirkungen konstitutionell-institutioneller Reformen und EU-Erweiterungen auf die Aktivitäten transnationaler Politiknetzwerke in bestimmten EU-Politikfeldern sollten berücksichtigt werden; (3) auf die von transnationalen Politiknetzwerken ausgeübten Funktionen Politikgestaltung und Agenda-Setting sollte besonderes Augenmerk gerichtet werden; (4) der Einfluss von transnationalen Politiknetzwerken auf Politik und politische Entscheidungsprozesse in der EU kann weder leicht kategorisiert noch gemessen werden.⁵⁶

Neue Wege und Grenzen eines Forschungsfelds: Politische Parteien und ihre transnationalen Politiknetzwerke in der europäischen Integration

Der Forschungsstand zeithistorischer Studien, die die transnationale Zusammenarbeit von politischen Parteien im Kontext der europäischen Integration basierend auf Politiknetzwerkansätzen untersuchen, ist bislang noch nicht sonderlich weit vorangeschritten. Die EU-Historiografie ist lange Zeit „weitgehend ohne Rekurs auf die Bedeutung von Parteien geblieben.“⁵⁷ Dies begründet sich durch die dominante Rolle der nationalen Regierungen bei der EU-Rechtssetzung und der fehlenden Mitbestimmungsrechte des EPs, das erst im Zuge der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 und durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens des Maastrichter Vertrags 1993 eine Kompetenzerweiterung erfuhr.⁵⁸ So ist es kaum verwunderlich, dass insbesondere für die Zeit vor den späten 1980er Jahren aufgrund der artifiziellen Teilung in Legislative und Exekutive den europäischen Parteien sowie deren im EP transnational organisierten Fraktionen keine wichtige Rolle bei der Vertiefung der Integration zugeschrieben wurde.

Neben den umfassenden Untersuchungen von Kaiser zur Rolle und zum Einfluss transnationaler Politiknetzwerke christdemokratischer Parteien auf die verschiedenen Etappen zur Institutionalisierung und Ausgestaltung der heutigen EU existieren nur vereinzelte Aufsätze mit vergleichbaren auf die informelle Dimension transnationaler Politiknetzwerke von europäischen Parteifamilien fokussierten Ansätzen. Zu den wenigen Ausnahmen zählt beispielsweise die Analyse von Oliver Rathkolb über die Anstrengungen des sozialdemokratischen Netzwerk-Trios bestehend aus Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme in der europäischen Nahostpolitik in den 1970er Jahren.⁵⁹ Des Weiteren hat Kristian Steinnes die

56 Kaiser: Politiknetzwerke in der europäischen Integration, S. 129 ff.; ders.: Bringing Transnational History Back In To the Study of Transnational Networks in European Integration, in: *Journal of Public Policy* 29 (2009), S. 223–239, hier S. 230 ff.

57 Jürgen Mittag: Chance oder Chimäre? Die grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa, in: ders. (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration: Entwicklungen und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 13–60, hier S. 41.

58 Ebd. S. 13; Richard Corbett/Francis Jacobs/Michael Shackleton: *The European Parliament*, 6. Aufl., London 2005, S. 205 ff.

59 Oliver Rathkolb: Sozialdemokratische Netzwerke in der europäischen Nahostpolitik. Brandt, Kreisky und Palme als politische Unternehmer, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*, S. 121–137.

netzwerkartigen transnationalen Kontakte und die Zusammenarbeit von führenden Politikern der britischen Labour Party und nordeuropäischer sozialdemokratischer Parteien bei den Beitrittsanträgen von 1967 rekonstruiert.⁶⁰ Der Verfasser hat transnationale Politiknetzwerke von sozialdemokratischen Parteien im Bereich der Entwicklungshilfepolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu Beginn der 1970er Jahre untersucht.⁶¹ Schließlich haben Kaiser und der Verfasser in einem gemeinsamen Aufsatz die Rolle von transnationalen Politiknetzwerken sozialdemokratischer und christdemokratischer westeuropäischer Parteien in den iberischen Demokratisierungsprozessen und deren vorbereitenden Aktivitäten für die erfolgreiche Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG vergleichend herausgearbeitet.⁶² Eine Ergänzung zu diesen Studien bieten ein paar wenige Untersuchungen zur bilateralen Zusammenarbeit von sozial- und christdemokratischen Parteien in Europa. Zwar klammern diese die Aspekte und Fragen hinsichtlich der europäischen Integration nicht ganz aus, sind aber keineswegs auf die Bedeutung der europäischen Politik für die bilaterale Zusammenarbeit von Parteien oder deren Einfluss auf den Integrationsprozess fokussiert, wie etwa das Beispiel der von Christelle Flandre verfassten Monografie zur bilateralen Zusammenarbeit der Französischen Sozialistischen Partei (Parti socialiste: PS) mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Zeitraum zwischen 1971 und 1981 zeigt.⁶³

Auch die politikwissenschaftliche Netzwerkforschung zur Funktionsweise des EU-Mehrerenensystems hat die im Zuge der Integration von europäischen Parteien aufgebauten transnationalen Politiknetzwerke bislang nicht systematisch in ihre Untersuchungen miteinbezogen.⁶⁴ Dies ist insofern erstaunlich, als in der europäischen Politik Vernetzung eine übergeordnete Funktion einnimmt, während auf den nationalstaatlichen Ebenen Funkti-

- 60 Kristian Steinnes: Socialist Party Networks in Northern Europe. Moving towards the EEC applications of 1967, in: Kaiser/Leucht/Rasmussen (Hg.): *The History of the European Union*, S. 93–109.
- 61 Christian Salm: Regional or Global? Political Networks of Socialist Parties in European Community Development Policy, in: *Comparativ – Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 20 (2010), S. 25–44.
- 62 Wolfram Kaiser/Christian Salm: Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 259–282.
- 63 Christelle Flandre: *Socialisme ou social-démocratie? Regards croisés français allemands, 1971–1981*, Paris 2006. Weitere Beispiele hierfür sind Matthias Stenger: *Transnationale Zusammenarbeit: Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992)*, Düsseldorf 2011; die Aufsätze von Antonio Muñoz Sánchez: *A European Answer to the Spanish Question: The SPD and the End of the Franco Dictatorship*, S. 77–93; ders.: *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia*, Barcelona 2012 und Giovanni Bernardini: *Stability and socialist autonomy: The SPD, the PSI and the Italian political crisis of the 1970s*, S. 95–114, beide in: *Journal of European Integration History* 15 (2009) sowie die Monografie von Pilar Ortuño Anaya: *European socialists and Spain: the transition to democracy, 1959–77*, Basingstoke 2002, in der jeweils die bilateralen Beziehungen der britischen Labour Party, der PS und der SPD mit der Partido Socialista Obrero Español zwischen 1959 und 1977 untersucht wurden.
- 64 Vgl. Mittag, *Chance oder Chimäre?*, S. 42.

onen wie Repräsentation, Mobilisierung, Rekrutierung und Legitimation für Parteien wichtiger sind.⁶⁵

Zwar haben wenige jüngere Studien gezeigt, dass durch Vernetzung bzw. die Bildung transnationaler Politiknetzwerke politische Parteien Einfluss auf die Arbeit der europäischen Institutionen und die Politikgestaltungsprozesse in verschiedenen EU-Politikfeldern gewonnen haben.⁶⁶ Außerdem hat Karl Magnus Johansson am Beispiel christdemokratischer Parteieliten vorgeführt, wie diese durch die systematische Organisation informeller Treffen von Regierungschefs und Parteiführern kurz vor EU-Ratskonferenzen Verhandlungen über EU-Vertragsrevisionen nachhaltig beeinflussen konnten.⁶⁷ Dennoch haben diese Studien keine analytischen Bezüge zur politikwissenschaftlichen Literatur über die Rolle von Politiknetzwerken im EU-Mehrebenenregierungssystem hergestellt. Eine theoretische Einordnung zu Parteien im europäischen Integrationsprozess erfolgte bisher in der EU-Forschung weitgehend hinsichtlich der Europäisierung nationaler Parteien und deren Rolle bei der Lösung des Demokratiedefizits der EU. Davon abgesehen stellen Untersuchungen zur Entwicklung der Fraktionen, ihrer inneren Geschlossenheit und ihrem Abstimmungsverhalten das mit am meisten untersuchte Themenfeld zu politischen Parteien in der EU dar.⁶⁸ Des Weiteren haben sowohl politikwissenschaftliche als auch zeithistorische Studien vor allem die Entstehung und Institutionalisierung der transnationalen Zusammenarbeit von Parteien in Europa untersucht.⁶⁹ Angefangen bei den ersten im Zuge der ersten Direktwahl zum EP entstandenen älteren Untersuchungen bis hin zu manchen jüngeren Studien wurde dabei ein neofunktionalistischer Ansatz verfolgt und daher hauptsächlich der Grad formaler Interak-

65 Vgl. Jürgen Mittag/Janosch Steuer: *Politische Parteien in der EU*, Wien u. a. 2010, S. 99 ff.

66 Zum Einfluss von politischen Parteien auf EU-Institutionen siehe die Aufsätze in *Journal of European Public Policy*, special issue: *The Role of Political Parties in the European Union* 15 (2008) sowie zum Einfluss von europäischen Parteien auf EU-Institutionen und EU-Politikfelder die vier Aufsätze von Erol Külahci: *The Party of European Socialists and the Question of Unemployment*; David Hanley: *At the heart of the decision-making process? The European People's Party in the European Union*; Thomas Dietz: *Do the European Greens matter? The problem of influencing the decision-making process in the European Union*; Jean Faniel/Sorina Sare: *The influence of the Democratic Party of the People of Europe – European Free Alliance on decision-making at European level*, in: Pascal Delwit/Erol Külahci/Cédric van de Walle (Hg.): *The Europarties. Organisation and Influence*, Brüssel 2004, online abrufbar unter <dev.ulb.ac.be/sciencespo/dossiers_livres/theeuropartiesorganisation/fichiers/en_bookefpp.pdf> (20.7.2011) sowie Robert Ladrech: *Political Parties and the problem of legitimacy in the European Union*, in: Thomas Banchoff/Mitchell P. Smith (Hg.): *Legitimacy and the European Union. The contested policy*, London/New York 1992, S. 93–112 und die Monografie von Simon Lightfoot: *Europeanizing Social Democracy? The Rise of the Party of European Socialists*, London u. a. 2005.

67 Karl Magnus Johansson: *Another Road to Maastricht: The Christian Democrat Coalition and the Quest for European Union*, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (2002), S. 871–91; ders.: *Party Elites in Multilevel Europe. The Christian Democrats and the Single European Act*, in: *Party Politics* 8 (2002), S. 423–439.

68 Siehe z. B. Amie Kreppel: *The European Parliament and Supranational Party System: a study in institutional development*, Cambridge u. a. 2002.

69 Für einen aktuellen Überblick des Forschungsstands zu europäischen Parteien siehe Mittag/Steuer: *Politische Parteien in der EU*, S. 29–50.

tion sowie Fragen zu rechtlichen Kompetenzen von Parteien im EU-Gefüge in den Forschungsfokus gestellt.⁷⁰ Bis auf die oben erwähnten wenigen Ausnahmen wurde daher bislang versäumt, systematisch die informelle Dimension der in Form von transnationalen Politiknetzwerken organisierten Zusammenarbeit politischer Parteien im europäischen Mehrebenenregierungssystem zu analysieren. Zugleich haben die neofunktionalistisch ausgerichteten Studien den niedrigen Grad formaler Interaktion der europäischen Parteifamilien in seiner Bedeutung für deren Rolle im Integrationsprozess überschätzt.

Im Gegensatz hierzu bieten politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte die Möglichkeit zu einer genaueren Bewertung der Rolle von politischen Parteien bei der informellen Politikgestaltung im europäischen Integrationskontext. Börzel folgend sind Politiknetzwerkansätze sehr gut dazu geeignet, die informelle Dimension der Politik in der Europäischen Union zu erfassen. Sie erlauben, transnationale Kanäle politischen und sozialen Austauschs aufzuspüren, über die Informationen und politische Ideen diffundieren bzw. materielle oder finanzielle Ressourcen und Wissen transportiert werden.⁷¹ Darüber hinaus liegt der analytische Gewinn von politikwissenschaftlichen Netzwerkanätzen darin, die komplexen Verbindungen und Austauschbeziehungen von vielen verschiedenen Akteuren erfassen und einer bestimmten Typologie von Beziehungen zwischen Akteuren zuordnen zu können. Außerdem eignen sich Politiknetzwerkansätze besonders dafür, die wechselwirkenden Effekte von informeller und formeller Politikdimension auf Politikergebnisse aufzuspüren und zu ordnen. Das Ausmaß dieser Effekte wird durch strukturelle Bedingungen und historische Entwicklungen von Organisationen oder Institutionen bestimmt. Der Zustand beider Dimensionen kann zwar für einen längeren Zeitraum stabil sein. Doch durch externe Einflüsse, interne Umgestaltungen, Reformen und soziale Veränderungen kann sich der Charakter der formellen und informellen Dimension von Politik schnell wandeln.⁷² Hiervon ist auch die Bildung von Politiknetzwerken sowie deren Einflussmöglichkeiten auf Politikgestaltungsprozesse abhängig. Auf den Punkt gebracht bedeutet das, durch Politiknetzwerkansätze können komplexe und chaotische politische Realitäten entschlüsselt und Politikgestaltungsprozesse nachgezeichnet werden.⁷³

Trotz vieler Kommentare über ihre unbedeutende oder unzureichend ausgeübte Rolle als Transmissionsriemen zwischen öffentlicher Meinung und den EU-Entscheidungsträgern sind politische Parteien in der komplexen und chaotischen Realität der europäischen Politik jedoch zentrale Akteure.⁷⁴ Nicht nur wurden und werden alle drei Bereiche der politischen

70 Siehe z. B. Norbert Gresch: *Transnationale Zusammenarbeit in der EG*, Baden-Baden 1978; Oskar Niedermayer: *Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt am Main u. a. 1983; Thomas Dietz: *Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa*, Opladen 1997.

71 Börzel: *Informelle Politik in Europa*, S. 38.

72 Vgl. Joachim Betz/Patrick Köllner: *Informale Politik im internationalen Vergleich: ein Forschungsaufriß*, Hamburg 2000, S. 5.

73 Vgl. Heard-Lauréote: *Transnational Networks*, S. 43.

74 Beispielsweise führt Jürgen Habermas den Umstand, dass sich die europäischen Bürger über die Relevanz der EU-Politik täuschen, auf die von Parteien nicht ausreichend ausgefüllte Funktion als Transmissionsriemen zwischen öffentlicher Meinung in den Mitgliedsstaaten und den politischen Entschei-

Führung der Europäischen Union (Europäische Kommission, EU-Ministerrat und Europäischer Rat) hauptsächlich von politischen Parteien gestellt, da sie als nationale Regierungsparteien oder Mitglieder einer nationalen Koalitionsregierung automatisch an der politischen Steuerung der EU beteiligt sind.⁷⁵ Zudem gewährleisten und unterstützen seit Beginn des Integrationsprozesses die transnationalen Politiknetzwerke der europäischen Parteienfamilien unter Einschluss der nationalen Parteien, der Parteiorganisationen auf der europäischen Ebene, der Fraktionen des EPs und der jeweilig zu einer Parteifamilie gehörenden Mitglieder aus der Europäischen Kommission den Austausch zwischen der europäischen Ebene und den nationalen Ebenen. Dabei schließen sie häufig Akteure von Nichtregierungsorganisationen und von nicht europäischen Institutionen sowie Experten in bestimmten Bereichen in die Politiknetzwerkaktivitäten mit ein. Somit ermöglichen sie weiteren nicht-staatlichen und nationalen Akteuren, an der Politikgestaltung auf der europäischen Ebene mitzuwirken.⁷⁶ Schließlich fungieren transnationale Politiknetzwerke politischer Parteien als Verbindungsorgane zwischen formeller und informeller Politikdimension. Wie schon eingangs erwähnt, agieren führende Politiker manchmal als staatliche Akteure ihrer nationalen Regierungen und manchmal als nicht-staatliche Akteure in ihrer Rolle als Mitglieder transnationaler Politiknetzwerke, ohne jedoch genau zwischen ihren institutionellen Identitäten und funktionalen Rollen zu unterscheiden.⁷⁷ Speziell in dieser Doppelrolle zeigen sich daher Grauzonen zwischen der formellen und informellen Politikdimension im EU-Regierungssystem.

Auf politikwissenschaftlichen Netzwerkkonzepten basierende zeithistorische Untersuchungen zu transnationalen Politiknetzwerken politischer Parteien können solche Grauzonen des europäischen Politikbetriebs aufdecken. Darüber hinaus können politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte zeithistorischer Forschung dabei helfen, den Einfluss von transnationalen Politiknetzwerken politischer Parteien auf europäische Politik qualitativ zu bewerten, wenn etwa die wie von van Waarden identifizierten Dimensionen von Politiknetzwerken als Kriterien für den Einfluss von transnationalen Politiknetzwerken angewendet und in ihren zeithistorischen Kontext gestellt werden. So konzeptionierte interdisziplinäre EU-Forschung analysiert, wie transnationale Politiknetzwerke politischer Parteien zu der Europäisierung von Politikfeldern beigetragen haben.⁷⁸ Während ihre Rolle bei der Institu-

tionsträgern der EU zurück. Vgl. Habermas: Ein Pakt für oder gegen Europa. An Gründen für eine Gemeinschaft fehlt es nicht, wohl aber an einem politischen Willen – und an Verantwortung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 7.4.2011.

75 Vgl. Simon Hix/Christopher Lord: *Political Parties in the European Union*, Basingstoke u. a. 1997, S. 1.

76 Vgl. Jürgen Mittag/Eva Bräth: *Parteienzusammenarbeit in Europa. Entwicklung und Perspektiven*, in: Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration*, S. 699–721, hier S. 716.

77 Vgl. Kaiser/Leucht: *Informal Politics of Integration*, S. 47.

78 Dieses Verständnis von Europäisierung kommt insbesondere in der Definition von Thomas Risse, Maria Green Cowles und James Caporaso zum Ausdruck. Sie definieren Europäisierung als „the emergence and development at the European level of distinct structures of governance, that is, of political, legal, and social institutions associated with political problem solving that formalize interactions among the actors, and of policy networks specializing in the creation of authoritative European rules.“

tionalisierung der frühen Integration durch Kaiser schon weit erforscht ist, ist ihr Einfluss auf spätere Integrationsphasen und dabei neu entstehende Politikfelder weder aus einer zeit-historischen Perspektive noch in Bezug auf die politikwissenschaftliche EU-Forschung über Politiknetzwerke untersucht worden. Beispielsweise sind die Versuche und Erfolge einer Einflussnahme transnationaler Politiknetzwerke politischer Parteien auf die EG-Politikfelder Währungs-, Umwelt- und Sozialpolitik, die in den 1970er Jahren maßgeblich entwickelt wurden, bislang weitgehend unbeachtet geblieben.

Hierauf ausgerichtete zukünftige zeithistorische EU-Forschungen sollten bei ihrer Analyse jedoch die folgenden Aspekte berücksichtigen und erfassen, die auch zu einem besseren Verständnis der Wechselwirkungen zwischen der europäischen Ebene und den nationalen Ebenen beitragen können. Erstens sind nationale Parteien hinsichtlich ihrer europapolitischen Präferenzen mitunter stark fragmentiert und vereinzelte Gruppierungen in den Parteien können Widerstände gegen Vorhaben zur Entwicklung von Politikfeldern auf der europäischen Ebene ausüben. Um diesem Widerstand entgegenzuwirken, ist die Bildung politischer Allianzen denkbar, die durch transnationale Politiknetzwerke auf der europäischen Ebene organisiert werden. Demgemäß könnte zeithistorische EU-Forschung beispielsweise analysieren, ob transnationale Politiknetzwerke sozialdemokratischer Parteieliten den britischen Premierminister James Callaghan gegen den starken Widerstand des linken Flügels der Labour Party unterstützten, dem 1978 entstehenden Europäischen Währungssystem beizutreten, was letztlich nicht geschah.

Zweitens kann in transnationalen Politiknetzwerken Druck auf Oppositionsparteien ausgeübt werden, Entscheidungen auf nationaler Ebene für die Europäisierung von Politikfeldern zu befürworten. Zugleich können Oppositionsparteien durch Aktivitäten in und mit transnationalen Politiknetzwerken Kompensationsfunktionen entwickeln und durch informellen Austausch Ressourcen für ihre Europapolitik erhalten, um den fehlenden Einfluss auf die höchsten Ebenen der europäischen Entscheidungsfindungsprozesse auszugleichen. Dementsprechend müsste zum Beispiel zeithistorisch ermittelt werden, ob und wie die französische PS, in ihrer Rolle als Oppositionspartei eines der größten und wichtigsten Mitgliedsländer der Gemeinschaft in den 1970er Jahren, die transnationalen Politiknetzwerke sozialdemokratischer Parteien nutzte, um ihr europapolitisches Profil zu schärfen und durch die informelle Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Regierungschefs anderer Mitgliedsländer über die Europäisierung von EG-Politikfeldern auf höchster europäischer Ebene mitzuentscheiden.

Drittens können ähnlich wie Oppositionsparteien auch kleine Parteien durch Aktivitäten in transnationalen Politiknetzwerken durch informellen Austausch Ressourcen für ihre Europapolitik erhalten. Weiterhin verfügen kleine Regierungsparteien kleiner Mitgliedsländer auch über überproportionalen Einfluss auf den EU-Ministerrat und EU-Rat und können somit eine besondere Rolle in den transnationalen Politiknetzwerken spielen. Etwa kön-

nen kleine Regierungsparteien den (größeren) Mitgliedern ihrer Parteifamilie ohne Regierungsbeteiligung und ohne Vertretung auf höchster europäischer Entscheidungsebene wichtige europapolitische Ressourcen anbieten und ihnen im Gegenzug eine bestimmte politische Präferenz für die Europäisierung eines Politikfelds oktroyieren. So könnte zeithistorische EU-Forschung beispielsweise herausarbeiten, inwieweit die eher kleine niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei (Partij van de Arbeid: PvdA) in ihrer Regierungszeit in den 1970er Jahren die transnationalen Politiknetzwerke der sozialdemokratischen Parteien von ihrem Ziel einer weitgehenden Europäisierung der EG-Entwicklungshilfepolitik im Kontext des Lomé-Abkommens 1975 überzeugen konnte und dies durch informelle Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratischen Ministern im EG-Ministerrat für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit durchsetzte bzw. durchzusetzen versuchte.

Viertens können sogenannte kulturelle Mittler durch ihre Fähigkeit, zwischen verschiedenen politisch-kulturellen Kontexten zu vermitteln, transnationale Politiknetzwerke entscheidend prägen. Durch interkulturelle Kompetenzen und vielfache Sprachfähigkeiten haben sie Einfluss auf die Strukturen, Funktionen und Strategien der transnationalen Politiknetzwerke der politischen Parteien. Zeithistorische EU-Forschung könnte folglich zeigen, wie etwa die internationalen Sekretäre der nationalen Parteien – eher unbekannte Politiker aus der zweiten Reihe – eine wichtige Rolle gespielt haben, um die Zusammenarbeit in den transnationalen Politiknetzwerken zu gewährleisten und durch informellen Austausch die Unterstützung für die Europäisierung von Politikfeldern zu garantieren.

Fünftens können parteinahe Stiftungen wichtige Motoren für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Parteien in transnationalen Politiknetzwerken sein. Cécilie Schildberg hat diese bereits als Wegbereiter transnationaler Parteienzusammenarbeit in Europa beschrieben.⁷⁹ Neben den transnationalen Politiknetzwerken fungieren die parteinahen Stiftungen häufig als Netzwerkorganisationen für eine Parteifamilie. Oft geht von ihnen auch die Initiative für informelle Kontakte oder transnationale Politiknetzwerkbildung aus.⁸⁰ Darüber hinaus übernehmen sie vielfach die Aufgabe, programmatischen Fragen nachzugehen und entsprechende ideologische Ausarbeitungen vorzunehmen. Zeithistorische EU-Forschung könnte somit zum Beispiel prüfen, ob und vor allem wie parteinahe Stiftungen in ihrer Funktion als Netzwerkorganisationen vor der ersten Direktwahl des EPs 1979 an einer Zusammenführung der verschiedenen Politikprogramme der nationalen Parteien einer europäischen Parteifamilie mitgewirkt sowie auf einen programmatischen Konsens für die Europäisierung von Politikfeldern hingearbeitet haben.

Ferner könnte zeithistorische Forschung Auskunft darüber geben, welche Politikfelder überhaupt im Besonderen im Interesse transnationaler Politiknetzwerke politischer Parteien standen und inwiefern sie sich gezielt zu deren Europäisierung einsetzten. Die bisherigen Studien kommen zu dem tentativen Ergebnis, dass transnationale Politiknetzwerke eher bei Politikfeldern im Bereich der „low politics“ Einfluss auf die europäische Politikgestaltung

79 Cécilie Schildberg: Wegbereiter transnationaler Parteienkooperation? Die Rolle der parteinahen Stiftungen, in: Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration, S. 451–575.

80 Ebd., S. 458 ff.

nehmen konnten.⁸¹ Politische Parteien richten ihre primären Aktivitäten stets auf Politikfelder mit einem hohen Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit aus, die sowohl im Bereich der „low politics“ als auch im Bereich der „high politics“ angesiedelt sein können. Auch verfügen transnationale Politiknetzwerke politischer Parteien mitunter über Mitglieder, die auf höchster europäischer Ebene Angelegenheiten im Bereich der „high politics“ direkt beeinflussen können. So könnten zeithistorische Untersuchungen die Frage beantworten, ob transnationale Netzwerke politischer Parteien Funktionen und Strategien entwickelt haben, um auch im Bereich der „high politics“, wie etwa der Währungs- oder Erweiterungspolitik, Einfluss auszuüben.

Forschungsprojekte zur Analyse dieser Aspekte müssen jedoch immer wieder neu bestimmen, inwiefern der Rückgriff auf politikwissenschaftliche Netzwerkkonzepte gewinnbringend genutzt werden kann. Anhand des zu untersuchenden Quellenmaterials und in Abstimmung mit der Fragestellung müssen Netzwerkkonzepte für zeithistorische Untersuchungen transnationaler Politiknetzwerke politischer Parteien jeweils neu austariert werden. Zugleich ist mit dem Quellenmaterial der entscheidende Nachteil solcher Forschungsansätze verbunden. Historische Quellen über transnationale Politiknetzwerke politischer Parteien sind sehr stark fragmentiert. Daher bedarf es einer zeitaufwendigen multi-archivischen Forschung. Angesichts des informellen Charakters vieler Kontakte in den transnationalen Politiknetzwerken sind zudem viele Informationen nicht in Dokumenten festgehalten worden. Dieses Quellenproblem sowie die Fragmentierung der Quellen kann teilweise durch Interviews mit Zeitzeugen kompensiert werden.

Für ein umfassendes Verständnis der informellen und formellen Dimensionen und der wechselseitigen Effekte bei EU-Politikgestaltungsprozessen und der Europäisierung von Politikfeldern müssen transnationale Politiknetzwerke politischer Parteien auf einer interdisziplinären Forschungsagenda jedenfalls eine zentrale Stellung einnehmen. Und zu deren erfolgreichen Umsetzung sollten Zeithistoriker die politikwissenschaftliche EU-Forschung und Politikwissenschaftler die zeithistorische EU-Forschung zukünftig mehr einbeziehen.

81 Vgl. Patel: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung, S. 610.

